Die Wahlen im Reiche.

Ueber den Verlauf des Wahltages im Reiche liegen im einzelnen folgende Meldungen vor:

In Potsdam wählte als erster der kaiserlichen Prinzen Prinz Eitel Friedrich; er war schon um ½10 Uhr an der Wahlurne; Prinz August Wilhelm war von Breslau zur Wahl nach Potsdam herbeigeeilt. Er kam erst im Laufe des Vormittags an und genügte um 1 Uhr seiner Wahlpflicht. Der Kronprinz hat in der zweiten Nachmittagsstunde mit seiner Familie gewählt.

Eine besondere Note erhielt das Straßenbild in Potsdam durch einen großen Umzug der Kriegsopfer, die auf einem Kraftwagen ein Transparent mit der Inschrift: „Wenn Ihr nicht zur Wahl geht, sind unsere Opfer umsonst gebracht worden" mit sich führten.

Mit welcher Freude das deutsche Volk diesmal seine Wahlpflicht erfüllte, geht schon daraus hervor, daß ein außerordentlich großer Prozentsatz der Wahlberechtigten bereits in den Vormittagsstunden sein Wahlrecht ausgeübt hat. So hatten in Potsdam bis 11 Uhr bereits mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. In Neubabelsberg hatten um 12 Uhr bereits 85 Prozent gewählt, in Bad Wildungen 88 Prozent.

Außerordentlich schnell hatten die Wähler in der pommerschen Gemeinde Stahlbrode ihre Wahlpflicht erfüllt. Das Ergebnis: Von 154 Wahlberechtigten haben 154 für den Volksentscheid gestimmt und den Reichswahlvorschlag der NSDAP. gewählt.

In Bremen standen mittags an vielen Wahllokalen Hunderte in Viererreihen unentwegt eine Stunde lang Schlange, trotz des Sprühregens und naßkalten Novemberwetters.

In Essen leitete um Mitternacht feierliches Glockengeläut Deutschlands entscheidenden Tag ein. Nie wurde ein solches Flaggenmeer gesehen, nie eine solche Festtagsstimmung wahrgenommen. Bereits in den Mittagsstunden hatten im Industriegebiet durchweg 80 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben. Schon einige Stunden vor Schluß der Wahlhandlung war es Gewißheit: das rheinisch-westfälische Industriegebiet, das Herz Deutschlands, steht ohne Vorbehalt hinter der Regierung Hitler.

In Trier wählten viele hundert Reichsdeutsche aus Luxemburg. Die Kraftwagen, die sie nach Trier gebracht hatten, trugen die Inschrift: „Alle Auslandsdeutschen stimmen mit Ja!"

Auch sonst haben diesmal zahlreiche Deutsche aus dem Auslande ihrer Wahlpflicht genügt. So sind z. B. aus Holland Tausende von Deutschen in Extrazügen, Omnibussen und Kraftwagen nach reichsdeutschen Orten gekommen, um an der Entscheidung über das Schicksal Deutschlands mitwirken zu können. Etwa 1000 Reichsdeutsche haben sich aus Oesterreich eingefunden.

Die in Reval wohnhaften Reichsdeutschen hatten den deutschen Frachtdampfer „Danzig" zu einer Fahrt in die neutralen Gewässer des Finnischen Meerbusens gechartert, wo die Wahlen unter der Leitung der deutschen Gesandtschaft stattfanden. Die Hafenbehörden haben ihre Genehmigung zu dieser Fahrt unter der Bedingung gegeben, daß die Wähler alle mit Rettungsgürteln versehen werden, und daß ein Bergungsdampfer das Schiff begleitet.

In Königsberg i. Pr. erfüllte Reichsbischof Müller seine Wahlpflicht.

Rundfunkansprache des Reichsbischofs

Der Reichsbischof an die deutschen Stammesgenossen jenseits des Meeres.

Am 450. Geburtstage Dr. Martin Luthers richtete der Reichsbischof durch den Rundfunk eine Ansprache an die deutschen Stammes- und Glaubensbrüder in Nord- und Südamerika. Seine Rede, die durch den deutschen Kurzwellensender an das evangelische Auslandsdeutschtum übertragen wurde, begann der Reichsbischof mit dem Hinweis auf die Bedeutung dieser Stunde, in der zum ersten Male seit Luthers Tagen ein deutscher Reichsbischof unmittelbar zu seinen Glaubensgenossen in der Welt spreche. Der Reichsbischof ging dann auf den inneren Glaubenskampf Luthers ein und deutete den tiefen Sinn des Erlebnisses, das Luther „Rechtfertigung aus dem Glauben" nannte.

„Wir verdanken Luther", so fuhr der Reichsbischof fort, „daß wir mit gutem Gewissen die Aufgaben an Familie und Volk, an Politik und Wirtschaft anpacken und in ihnen den rechten Gottesdienst und Nächstendienst des Alltags sehen, ein so mit Hingabe tätiger Mensch wird immer ganz von selbst stille werden vor Gott, vor der Größe der Verpflichtung und dem Wunder des Lebens."

Der Reichsbischof schloß mit einem Appell an die Christenheit der Welt: „Wenn jetzt die Menschen und Völker sich erregen und über die lebensnotwendigen Dinge ihres Daseins diskutieren, so soll die Christenheit und jeder verantwortliche Christenmensch den Mut aufbringen zu erkennen, daß des Heilands Wort in Geltung bleibt: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von einem jeglichen Wort, das durch den Mund Gottes geht. Das will sagen:

Es geht in Zukunft darum, ob im Leben der Völker die Lüge herrschen soll oder die Wahrheit. Wäre jeder Christenmensch an der Stelle, wo er gerade steht, ein ehrlicher innerlicher Kämpfer um die Wahrheit Gottes, dann würden viele Mißverständnisse, die jetzt Menschen und Völker vergiften, bald überbrückt sein. In diesem Sinne soll gerade Luthers Geburtstag uns ein Weck- und Mahnruf werden."

Prag löst die DNSAP auf

Harte Urteile gegen Nationalsozialisten.

Die Regierung der Tschechoslowakei hat nach dem Gesetz vom 25. Oktober 1933 mit Beschluß vom 11. November die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei aufgelöst.

Im Prozeß gegen die Eger Nationalsozialisten wurden von den sechs Angeklagten vier verurteilt, und zwar der Chauffeur Josef Kaise, Mitglied der SA., zu vier Jahren schweren Kerkers, der Handlungsgehilfe Rudolf Diehl zu drei Jahren schweren Kerkers, der Maurer Josef Fischer und der Kaufmann Karl Burghardt zu je sechs Monaten Kerkers.

Tag des Deutschen Handels

Staatsrat Dr. Ley übernimmt das Protektorat.

Zu dem am 18. und 19. November stattfindenden Tag des Deutschen Handels in Braunschweig hat, wie verlautet, Staatsrat Dr. Ley das Protektorat übernommen. Damit kommt der Tagung eine besondere Bedeutung zu.

Ein örtlicher Ehrenausschuß mit Reichsstatthalter Loeper, Ministerpräsident Klagges, Staatsminister Alpers und Gauleiter Schmalz an der Spitze ist gebildet worden. Auf dem Festakt im Braunschweigischen Landestheater am Sonnabendabend werden Ministerpräsident Klagges, Oberbürgermeister Dr. Hesse und Handelskammerpräsident Schuberth sprechen.

Man rechnet mit der Anwesenheit von 100 000 Vertretern des deutschen Handels. 30 Sonderzüge sind bisher angemeldet. Aus den bisher ergangenen Zusagen ist auch ein starkes Interesse maßgebender Regierungsvertreter zu erkennen.

Millionen-Spende der sächsischen Bauern

Dem Führer war am 1. Oktober die Spende der sächsischen Bauernschaft zum Winterhilfswerk in Höhe des Wertes von einer Million Reichsmark gemeldet worden. Die Spende wird, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in dieser Höhe voll erreicht werden.

Nach dem Gesamtergebnis spendete die Landwirtschaft des Kreises Oschatz für das Winterhilfswerk 12 116 Zentner Kartoffeln, 1676 Zentner Getreide, rund 28 Zentner Kraut, Kürbis, Möhren usw. und 1020 Liter Milch sowie verschiedene andere landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Durch das Winterhilfswerk gelangten 16 200 Zentner Kartoffeln, die von den Landwirten des Bornaer Bezirks gespendet worden waren, an die bedürftige Bevölkerung zur Verteilung. Außerdem wurden noch 1800 Zentner Kartoffeln nach Leipzig weitergeleitet.

Erlaß über Flaggenhissung

Beflaggung der amtlichen Gebäude am Neujahrstag und am Reichsgründungstage.

Vor dem Kriege bestand für die Behörden des Reiches die Anordnung, am Neujahrstage zu flaggen. Diese Anordnung ist von den zivilen Behörden seit dem Kriege nicht mehr befolgt worden. Die Reichsregierung läßt den alten Brauch aufleben und hat angeordnet, daß am 1. Januar jedes Jahres auf allen Reichsdienstgebäuden die Flaggen zu setzen sind.

Ferner sind nach Anordnung der Reichsregierung alle Reichsdienstgebäude in jedem Jahre am Reichsgründungstage (18. Januar) zu beflaggen.

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen gebeten, für die Landes- und Kommunalbehörden eine entsprechende Anweisung zu erlassen.

Stahlhelm-Gründungsfeier

Magdeburg, 13. November.

Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, feierte in der Gründungsstadt Magdeburg die fünfzehnte Wiederkehr des Gründungstages durch einen Kommers in engerem Kreise. Mit den alten Kämpfern des Stahlhelm hatten sich zahlreiche Ehrengäste vereinigt. Bundesführer Reichsarbeitsminister Seldte heftete den ersten 15 Mitgliedern des Stahlhelm die Ehrenzeichen an, die mit den Nummern 1 bis 15 und mit der Jahreszahl 1918 versehen sind.

Minister Seldte betonte dann die Notwendigkeit des Zusammengehens der beiden großen Kraftströme Stahlhelm und SA. und erneuerte unter tosendem Beifall der alten feldgrauen Kameraden seinen Treueschwur für Hindenburg und Adolf Hitler.

Abrüstungsversprechen gebrochen

Rundfunkansprache Nicholas M. Butlers zum Waffenstillstandstag.

In einer aus Anlaß des Waffenstillstandstages gehaltenen Rundfunkansprache erinnerte der Präsident der Columbia-University Neuyork, Nicholas Murray Butler, daran, daß das im Versailler Vertrag als Rechtfertigung der Deutschland auferlegten Abrüstung gegebene Versprechen der allgemeinen Abrüstung nicht gehalten worden sei, sondern daß in den abgelaufenen 15 Jahren die Rüstungen noch vermehrt worden sind.

In den Vereinigten Staaten ist der Waffenstillstandstag übrigens in diesem Jahre sehr still vorübergegangen. Präsident Roosevelt ging in seiner Zurückhaltung sogar soweit, daß er selbst auf die übliche Ansprache verzichtete.

In Frankreich weihte Ministerpräsident Sarraut in der Nähe des Landsitzes Briands ein Denkmal für Briand. In seiner Ansprache erklärte er: Die Lehre Briands: Unerschütterlich im Ziel, geschmeidig in den Mitteln, werde die französische Regierung nicht vergessen.

Regierungswechsel in Rumänien

Bukarest, 13. November.

Das rumänische Kabinett Wajda ist zurückgetreten. Der Ministerpräsident wurde vom König mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Die Nachrichten, wonach die Gattin des Privatsekretärs des Königs Selbstmord begangen hat, sind widerrufen worden.

Freispruch eines Deutsch-Böhmen

Prag, 13. November.

In erfreulichem Gegensatz zu dem Urteil in Eger steht eine Entscheidung des Kreisgerichts in Gitschin. Der Deutsch-Böhme Gustav Hentschel aus Trautenau war auf Grund des Gesetzes zum Schutze der tschechoslowakischen Republik wegen Aufenthalts und Verpflegung in SA.-Quartieren angeklagt worden.

Das Kreisgericht sprach den Angeklagten frei und schloß sich in der Urteilsbegründung der Auffassung der Verteidigung an, wonach bei Beurteilung der nationalsozialistischen Bewegung insbesondere auch die Friedensreden des Reichskanzlers Adolf Hitler herangezogen werden müßten.

Nicht „Unterneher", sondern Mitarbeiter.

Die neue Stellung des deutschen Arbeiters.

pdc. Berlin. Wie das NDZ.-Büro meldet, schildert der Leiter des Presseamts der Deutschen Arbeitsfront, Hans Biallas, unter der Ueberschrift „Dem deutschen Arbeiter wurde die Ehre wiedergegeben" den tiefen Eindruck, den die zahlreichen Besuche des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, in den Betrieben bei der Arbeiterschaft gemacht haben. Er geht von der Feststellung aus, daß der deutsche Arbeiter ein sehr ausgeprägtes Ehrgefühl hat. Nichts wäre den deutschen Arbeiter mehr zu erbittern als entwürdigende Behandlung. Die Arbeiterfrage sei keine Magenfrage, keine Frage der Lohnhöhe oder überhaupt des materiellen Vorteils oder Nachteils. Die deutsche Arbeiterfrage sei im tiefsten Grunde eine weltanschauliche. Die Forderung nach Gleichberechtigung sei es, die im Herzen eines jeden schaffenden Volksgenossen verankert ist. Von Kindesbeinen an müsse jedem Deutschen eingehämmert werden, daß sein Wert und seine Geltung und die Achtung, die er zu beanspruchen habe, genau so groß seien wie die eines jeden anderen, wenn er seine Pflicht tut an dem Platz, an den er vom Schicksal gestellt wurde. Der Nationalsozialismus sei fest entschlossen, diese Erkenntnis dem Deutschen Volk einzuhämmern, vor allem denen, die den Geist der Zeit immer noch nicht begriffen hätten. Der Unternehmer müsse in der Arbeiterschaft nicht seine „Untergebenen", sondern seine Mitarbeiter sehen. Das irrsinnige Wort von Arbeitgebern—Arbeitnehmern, der Begriff des „Brotherrn" müsse verschwinden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien alle. Die Besichtigungsreise Dr. Leys durch die Betriebe Deutschlands habe den Beweis erbracht, daß der Geist der Volksgemeinschaft im höchsten Sinne schon überall sich durchgesetzt hat. Wer die Reise miterleben durfte und überall die frohen, leuchtenden Gesichter der deutschen Arbeitsmänner erblickte, habe freudig feststellen können: Deutschland ist erwacht. — Zum Schluß sagt Biallas, der Nationalsozialismus habe dem deutschen Arbeiter die Ehre wiedergegeben. Jetzt hätten wir die Gewißheit, daß Deutschlands Arbeitertum für Deutschland eintreten werde.

Der Rundfunk ist gesäubert.

Herabsetzung der Spitzengehälter, Aufbesserung vieler niedriger Gehälter.

ndz. Berlin. Wie das NDZ.-Büro von gut unterrichteter Seite erfährt, sind am 10. November für den Deutschen Rundfunk die neuen Anstellungsverträge ausgegeben worden, die ab 1. November gelten. Damit ist eine weitgehende Angleichung der Rundfunkgehälter an die Gehälter der Reichsangestellten durchgeführt, wie sie Reichssendeleiter Hadamowsky bereits in seiner großen Rede auf der Sportpalast-Kundgebung im August angekündigt hat. Der neue Tarif sieht vor allem eine entscheidende Kürzung der Spitzengehälter vor. Die Phantasie-Beträge der Vergangenheit sind verschwunden. Die Gehälter der Rundfunk-Intendanten wurden denen der höheren Ministerialbeamten angeglichen und betragen damit nur noch einen Bruchteil von dem, was früher im Rundfunk gezahlt wurde. Daneben sieht der neue Tarif auch eine Kürzung der mittleren Gehälter in den Fällen vor, in welchen sie bisher über dem Reichsdurchschnitt lagen. Viele hundert niedrige Gehälter sind hingegen heraufgesetzt worden, vor allem die der bis heute zum Teil unterbezahlten Techniker. Dabei fand der Grundsatz der Sicherung der Familie und der Familiengründung Berücksichtigung. Die neue Tarifregelung geht im übrigen nicht von Dienststellungen und Dienstalter allein aus, sondern von der Leistung des Einzelnen, von dem Umfang seiner Arbeit und von der ihm zugewiesenen Verantwortung. Grundsätzlich wird jedem Angestellten die gleiche Aufstiegsmöglichkeit gegeben, die allein in seiner Leistungsfähigkeit und Verantwortungsfreudigkeit eine Grenze findet. So ist es gelungen, einen Gehaltstarif zu schaffen, der der verschwenderischen Protektionswirtschaft des alten Systems ein Ende macht. In vorbildlicher Weise verwirklicht der Rundfunk den sozialen Geist des neuen Staates und baut auf den Grundsätzen der Sparsamkeit und Sauberkeit, sowie der gerechten Entlohnung neu auf.

Steuerbefreiung für Wohnungsneubauten.

* Berlin. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Die neuen Steuerbefreiungsvorschriften für Eigenheime und Kleinwohnungen haben in der Bevölkerung reges Interesse gefunden und zahlreiche Volksgenossen zur Erstellung solcher Häuser angeregt. Im Hinblick auf mehrere Anfragen seien die Fristen, die bei der Errichtung derartiger Häuser zu beachten sind, nachstehend übersichtlich zusammengestellt:

1) Wer wünscht, daß auf sein Haus nicht die neuen Vorschriften, sondern noch die bisherigen Vorschriften angewandt werden, muß das Haus entweder bis zum 31. März 1934 bezugsfertig machen (in diesem Falle kommt es auf den Zeitpunkt, an dem der Rohbau vollendet wird, nicht an), oder bis zum 31. Mai 1934 bezugsfertig machen, vorausgesetzt, daß wenigstens der Rohbau bis zum 31. Dezember 1933 vollendet wird. Das gilt für Wohngebäude jeder Art und Größe.

2) Für die Befreiung nach den neuen Vorschriften ist zwischen Eigenheimen und Kleinwohnungen zu unterscheiden:

a) Für Eigenheime kann die Anwendung der neuen Vorschriften in allen Fällen verlangt werden, in denen der Neubau nach dem 31. Dezember 1933 bezugsfertig wird, wobei es auf den Tag der Vollendung des Rohbaues nicht ankommt. In diesen Fällen kann der Antrag auch für solche Eigenheime gestellt werden, auf die an sich die bisherigen Befreiungsvorschriften (vergl. oben Ziffer 1) anwendbar sind.

b) Auf Kleinwohnungen finden die neuen Vorschriften dann Anwendung, wenn sie nicht unter Ziffer 1 fallen, d. h. also, wenn das Haus entweder vom 1. April bis 31. Mai 1934 bezugsfertig wird, vorausgesetzt, daß der Rohbau nach dem 31. Dezember 1933 vollendet wird, oder nach dem 31. Mai 1934 bezugsfertig wird (ohne Rücksicht auf den Tag der Vollendung des Rohbaues).

Kleine Chronik.

Paris. Bei der Besprechung des deutschen Wahlganges werden von der Presse willig oder widerwillig die Disziplin, die Begeisterung, die „Religiöse Sammlung" anerkannt, die nach den Schilderungen der französischen Berichterstatter in Berlin dem Wahlgange sein Gepräge gegeben haben.

London. Reuter schreibt zum deutschen Wahlergebnis: Kaum jemals hat der Führer einer Nation eine derartige Unterstützung in seiner inneren und auswärtigen Politik erhalten wie Hitler.

SLUB
Wir führen Wissen.